

Verzweifelte Suche nach einem Schulhaus

Der Jüdische Schulverein Zürich braucht dringend eine neue Bleibe für 500 Schulmädchen

Die jüdisch-orthodoxe Tagesschule für Mädchen in Zürich muss im Sommer 2018 einem Renditebau der EKZ weichen. Eine Ersatzlösung ist nicht in Sicht. Jetzt werfen Kantonsräte ihr Gewicht in die Waagschale.

WALTER BERNET

Die blauen Schuluniformen sind der einzige sichere Hinweis darauf, dass die vielen Mädchen, die am Stauffacherquai auf dem Schulweg sind, einer besonderen Schule entgegenstreben. Ihr Ziel ist die orthodoxe Tagesschule des Jüdischen Schulvereins Zürich, die seit 2010 in einem Gebäude der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) an der Schöntalstrasse untergebracht ist. Die Schule ist gross, 500 Mädchen vom Kindergarten- bis zum Sekundarschulalter zählt sie. Und sie steht vor einem grossen Problem: Der Mietvertrag läuft aus. Bis zum Sommer 2018 muss die Schule eine neue Bleibe gefunden haben, wie der «Tages-Anzeiger» Mitte Juni berichtete. Bis jetzt sind die Bemühungen erfolglos geblieben.

EKZ zeigen sich irritiert

Die Lage des Schulhauses ist perfekt, die Grösse erlaubt es, alle Bedürfnisse einer Tagesschule zu befriedigen. Aus den Quartieren Enge und Wiedikon, in denen ein grosser Teil der jüdischen Familien Zürichs lebt, ist die Schule, die heute die Auflagen der Bildungsdirektion erfüllt, gut erreichbar. An einer vergleichbaren Lage Ersatz zu finden, hat sich als aussichtslos erwiesen, obwohl Stadt und Kanton sich gesprächsbereit gezeigt und ihre eigenen Immobilienportfolios durchforstet hatten – ohne brauchbares Ergebnis allerdings.

Dass es für die Schule überlebenswichtig ist, geeigneten Schulraum zu finden, zeigt sich an den Alternativen, die diskutiert werden. Selbst die Eingliederung der Schülerinnen in die öffentliche Schule war ein Gesprächsthema, auch wenn diese Lösung sowohl für die Schule als auch für die Stadt die unwahrscheinlichste ist. 500 neue Schülerinnen auf einmal wären für die Quartierschulen kaum zu verkraften. Im Vordergrund steht zurzeit ein Umzug in provisorische Schulcontainer, eventuell auf Parkplätzen und Freiflächen anderer jüdischer Schulen. Auch für diese Lösung sind die finanziellen Ansprüche hoch und die Zeit knapp. Die aus der Sicht der Schule



Idylle mit Verfalldatum im Zürcher Kreis 4: der Pausenplatz der jüdisch-orthodoxen Mädchenschule.

ANNICK RAMP / NZZ

beste Lösung wäre ein Verbleib in der Liegenschaft am Stauffacherquai, die sich die EKZ lange für einen allfälligen Eigengebrauch offengehalten hatten. Die jetzigen Pläne sehen aber den Neubau einer Renditeliegenschaft mit 70 Wohnungen vor, und die EKZ liessen bisher nicht mit sich reden.

Unterstützung kommt jetzt aus dem Kantonsrat. Eine Gruppe von neun Ratsmitgliedern aus allen Fraktionen ausser der BDP hat am Montag in einer gemeinsamen persönlichen Erklärung die 180 Kantonsräte gebeten, eine Petition an den Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung der EKZ zu unterzeichnen, die diese zu Verhandlungen über einen gleichwertigen Abtausch mit einer anderen Liegenschaft auffordert. Mit dem Abbruch der Schulliegenschaft würde die Schulraumnot in der Stadt Zürich massiv verschärft, schreiben die Erstunterzeichner.

Am Ende der Kantonsratssitzung vom Montag hatten trotz der knappen Zeit für das Sammeln bereits 85 Ratsmitglieder die Petition unterschrieben. Sonja Rueff-Frenkel (fdp., Zürich) und Robert Brunner (gp., Steinmaur), die die Liste

der Erstunterzeichner anführen, rechnen mit 100 Unterschriften aus dem 180-köpfigen Gremium. Eine Renditeliegenschaft könne irgendwo im Einzugsgebiet der EKZ liegen, heisst es in der Petition. Ein Schulhaus sei standortgebunden. Ein Abbruch ohne zwingende Gründe verursache grosse gesellschaftliche Probleme und könne zu gravierenden Reputationschäden für die EKZ führen.

«Gehört es zum Auftrag der EKZ, teure Wohnungen zu bauen», fragt Rueff-Frenkel, «und ist dieser Standort zwingend?» Sie betont, dass die Initiative zur Petition nicht von der Schule ausgehe. Sie selber ist als Vermittlerin zwischen Schule und Politik in die Sache involviert. «Es war viel Goodwill zu spüren, die Schule wurde von diversen Politikern angehört», sagt sie. «Bei den EKZ konnte mit den Entscheidungsträgern jedoch nie direkt gesprochen werden.» Nun lasse man mit den Kantonsratsmitgliedern die Aktionäre der EKZ zu Wort kommen, ergänzt Robert Brunner.

«Wir nehmen die Petition zur Kenntnis», sagt EKZ-Sprecher Noël Graber, «sind aber bis zu einem gewissen Grad irritiert.» Die EKZ hätten vor sieben

Jahren, als die Schule in einer schwierigen Situation gewesen sei, Hand für eine Lösung geboten. Es sei immer allen Beteiligten klar gewesen, dass es sich um eine befristete Lösung handle. Die Bereitstellung von Schulraum gehöre ja nicht zu den Aufgaben der EKZ. Graber betont, dass die EKZ der Schule bis 2016 die Möglichkeit offengehalten hätten, Realersatz anzubieten, allerdings ohne Ergebnis.

Früherer Hauptsitz der EKZ

Das Haus an der Schöntalstrasse war ab 1911 Hauptsitz der EKZ. Erst seit den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts wurde das Gebäude teilweise als Schulraum genutzt, wobei laut Graber immer klar war, dass es sich um eine Zwischennutzung handelte. Vor der Jüdischen Schule hatte eine städtische Oberstufenschule des Schulkreises Limmatall dort Platz gefunden, die dann in den Neubau am Albisriederplatz umzog. Bis in die jüngere Zeit nutzten die EKZ einen Teil als Bürofläche. Der EKZ-Hauptsitz befindet sich heute an der Zürcher Dreikönigstrasse.

Brandstiftung auf der Baustelle des PJZ

Stromausfall in Zürich-West

amü. · Wegen eines mutwillig gelegten Brandes sind am frühen Montagmorgen viele Haushalte in Zürich-West im Dunkeln geblieben. Der Brandanschlag galt Containern auf der Baustelle des Polizei- und Justizzentrums (PJZ) an der Hohlstrasse. Die Flammen sprangen jedoch über auf ein nahes Trafohäuschen: Wie das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ) via Twitter mitteilte, fiel deshalb bei 1115 Anschlüssen zwischen 3 und 5 Uhr der Strom aus.

Die Zürcher Stadtpolizei teilte im Laufe des Morgens mit, dass sie von einem Brandanschlag ausgehe: Das hätten Abklärungen der Brandermittler ergeben. Um 2 Uhr 30 war SBB-Angestellten aufgefallen, dass auf der PJZ-Baustelle mehrere Container brannten. Der Einsatz gestaltete sich schwierig. Vom brennenden Trafohäuschen waren mehrere laute Explosionen zu vernehmen, wie ein online zirkulierendes Video zeigt. Verletzt wurde niemand, doch geht die Polizei von einem hohen Schaden von über 200 000 Franken aus. Sie sucht Zeugen, die etwas Verdächtiges gesehen haben.

Erst vor zehn Tagen hatte der Bau des 570 Millionen Franken teuren neuen Polizei- und Justizzentrums begonnen. Es soll mehrere Dienststellen von Polizei und Justiz vereinen und das veraltete Zürcher Polizeigefängnis ersetzen. Die Vermutung, die Täter könnten aus der linksextremen Szene stammen, liegt aufgrund des Ziels nahe. Bisher ist allerdings kein Bekennerschreiben aufgetaucht. Wegen des Feuerwehreinsatzes in der Hohlstrasse fielen die ersten Kurse des 8er-Trams sowie des Busses 31 aus. Der Grossteil des Pendlerverkehrs war indes nicht betroffen.

EVP nominiert Rabelbauer

Kandidatin für Stadtratswahlen

dfr. · Die EVP will in der Stadt Zürich zurück auf die politische Bühne. Am Montagabend hat sich die Mitgliederversammlung einstimmig für Claudia Rabelbauer als Kandidatin für die Stadtratswahlen 2018 ausgesprochen. Rabelbauer ist Vizepräsidentin der Partei und ausgebildete Primarlehrerin. Sie soll in erster Linie das Zugpferd für einen engagierten Gemeinderatswahlkampf geben. Die EVP flog 2014 aus dem Stadtparlament, weil sie die nötige 5-Prozent-Hürde nicht erreicht hatte. Das soll kommenden Frühling anders werden: Mit einer gemeinsamen Wahlliste mit der BDP will die Partei das Comeback schaffen. Gemäss eigener Aussage wollen die Parteien die Sitze im Raterringen, «die ihnen nach ihrer Wählerstärke zustehen».

12-Jährige stirbt bei Tramunfall

Auf Velo von Glattalbahn erfasst

(sda)/amü. · Ein 12-jähriges Mädchen ist am Montag in Wallisellen mit seinem Velo in ein Tram geprallt. Dabei zog es sich schwere Verletzungen zu und starb noch auf der Unfallstelle, wie die Kantonspolizei Zürich mitteilte. Das Mädchen fuhr kurz vor 12 Uhr 30 auf der Überlandstrasse und überquerte die Seidenstrasse. Daraufhin wollte es nach links über das Tramtrasse abbiegen. Dabei kam es zur Kollision mit einem in gleicher Richtung fahrenden Tram der Linie 12.

Die genaue Unfallursache wird noch durch die Kantonspolizei Zürich und die Staatsanwaltschaft Winterthur/Unterland untersucht. Nebst der Kantonspolizei standen die Stützpunktfeuerwehr Wallisellen, eine Patrouille der Stadtpolizei Dübendorf sowie das Care-Team der Kantonspolizei im Einsatz.

Bereits vor drei Wochen hatte sich ein schwerer Unfall mit einer Glattalbahn ereignet: Ein 16-jähriger Velofahrer verletzte sich schwer, als er in Dübendorf die Gleise überquerte und von einem Tram erfasst wurde.

BUNDESSTRAFGERICHT

Anklage gegen «Bota Sot»-Attentäter

Tatverdächtiger kommt fünfzehn Jahre nach dem Anschlag vor Gericht

(sda) · Im Flughafengefängnis Zürich sitzt derzeit ein Mann im vorzeitigen Strafvollzug, der mit einer Splitterhandgranate einen Anschlag auf eine Redaktion in Zürich geplant haben soll. Laut der «Luzerner Zeitung» handelt es sich um die kosovo-albanische Zeitung «Bota Sot»; der Anschlag soll bereits im September 2002 erfolgt sein.

Baldige Verjährung

Die Hintergründe der Tat gehen aus zwei neuen Entscheidungen des Bundesstrafgerichts hervor. Unter anderem wurde die erste Anklageschrift an die Bundesanwaltschaft (BA) zurückgewiesen. Dem Entscheid ist zu entnehmen, dass dem Angeklagten versuchter mehrfacher Mord, Gefährdung durch Sprengstoffe und giftige Gase in verbrecherischer Absicht sowie Widerhandlung gegen das Waffengesetz vorgeworfen werden. Das Alter und die Nationalität des Tatverdächtigen gehen aus dem Entscheid nicht hervor.

Die BA führt auf Anfrage aus, dass die Anklageschrift inzwischen überarbeitet worden sei. Sie befinde sich bereits wieder beim Bundesstrafgericht. Der Beschuldigte hatte offenbar den Plan, mehrere Personen der Redaktion «Bota Sot» zu töten.

Die Handgranate war 2002 in einer Weinsendung placiert worden. Der Zündmechanismus wurde damals beim Öffnen des Pakets aber nicht aktiviert. Sprengstoffspezialisten der Zürcher Kantonspolizei konnten die Handgranate entschärfen.

Die Anklageschrift, die innert kurzer Zeit erstellt worden ist, musste von der BA nachgebessert werden, weil im Wesentlichen unklar ist, wer alles Opfer des Anschlags werden sollte. Weil die Tat schon bald fünfzehn Jahre zurückliegt, droht die Verjährung einzutreten. Das Zwangsmassnahmengericht des Kantons Bern hatte auf Antrag der BA die Sicherheitshaft des Beschuldigten bis zum Zeitpunkt des Urteils angeordnet. Die Haft gilt bis zum Urteil des

Bundesstrafgerichts, längstens jedoch bis zum 5. August. Der Prozess in Bellinzona soll im August oder im September stattfinden.

Geheimhaltungspflicht

Der Anwalt des Herausgebers von «Bota Sot» darf aufgrund einer Geheimhaltungspflicht, die ihm von der BA auferlegt worden ist, keine Informationen zum Fall bekanntgeben. Das Bundesstrafgericht hat zudem verfügt, dass der Beschuldigte den vorzeitigen Strafvollzug antreten darf. Der Mann war vom 31. Januar bis zum 4. Mai im Regionalgefängnis Bern in Untersuchungshaft. Wie es zur Festnahme des Tatverdächtigen fast fünfzehn Jahre nach dem Anschlag kam, ist nicht bekannt.

Auf Gesuch des Mannes hin ist er für den vorzeitigen Strafvollzug ins Flughafengefängnis Zürich verlegt worden. Wegen Fluchtgefahr darf ihm gemäss Verfügung des Bundesstrafgerichts kein Hafturlaub gewährt werden.

IN KÜRZE

Stadtpolizei verhindert illegale Party am Letten

cah. · Am Sonntagmittag verhinderte die Polizei eine unbewilligte Party beim Skater-Park Letten. Sie beschlagnahmte Lautsprecher und belegte die Anwesenden mit Wegweisungen.

Verhinderter Auto-Räuber stellt sich

cah. · Am Mittwochmorgen versuchte ein Unbekannter erfolglos, beim Escher-Wyss-Platz zwei Autos zu rauben, indem er den Besitzern mit einer Stichwaffe drohte. Am späten Samstagabend stellte sich der mutmassliche Täter, ein 22-jähriger Schweizer, der Polizei.